



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Plenarsitzungsdokument

22.11.2010

B7-0627/2010

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht im Anschluss an eine Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

gemäß Artikel 110 Absatz 2 der Geschäftsordnung

zum 10. Jahrestag der Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu Frauen, Frieden und Sicherheit

Charles Tannock
im Namen der ECR-Fraktion

RE\840486DE.doc

PE450.463v01-00

DE

In Vielfalt geeint

DE

Entschließung des Europäischen Parlaments zum 10. Jahrestag der Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu Frauen, Frieden und Sicherheit

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf die Resolutionen 1325 (2000) und 1820 (2008) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu Frauen, Frieden und Sicherheit und die Resolution 1888 (2009) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten, in der die Verantwortung aller Staaten dafür betont wird, dass der Straflosigkeit ein Ende gesetzt wird und die Urheber von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, auch im Zusammenhang mit sexueller und sonstiger Gewalt gegen Frauen und Mädchen, strafrechtlich verfolgt werden,
 - unter Hinweis auf den Aktionsplan des Rates der EU zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, mit dem dafür gesorgt werden soll, dass die Gleichstellung der Geschlechter in sämtlichen Bereichen der Zusammenarbeit der EU mit Partnerländern auf allen Ebenen berücksichtigt wird,
 - unter Hinweis auf die Ernennung einer Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs zum Thema sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten im März 2010,
 - unter Hinweis auf das Arbeitspapier des Rates mit einer umfassenden Strategie für die Umsetzung der Resolutionen 1325 und 1820 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen durch die Europäische Union und das operative Dokument zur Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in der durch die Resolution 1820 gestärkten Fassung im Rahmen der ESVP, die beide im Dezember 2008 angenommen wurden, sowie auf das Ratsdokument vom September 2006 zur systematischen Einbeziehung der Menschenrechte in die ESVP,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 7. Oktober 2010 zum Versagen bei der Verteidigung der Menschenrechte und der Gerechtigkeit in der Demokratischen Republik Kongo,
 - unter Hinweis auf die neue UN-Einrichtung für Gleichstellungsfragen („UN Women“),
 - gestützt auf Artikel 110 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass dieses Jahr der 10. Jahrestag der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu Frauen, Frieden und Sicherheit begangen wird, in der erstmals die unverhältnismäßig schweren und einzigartigen Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen angesprochen wurden und eine Verbindung zwischen den Erfahrungen von Frauen in Konflikten und der Wahrung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit hergestellt wurde sowie auf die miteinander verknüpften thematischen Bereiche Mitwirkung, Schutz, Konfliktverhütung, Nothilfe und Wiederaufbau eingegangen wurde,

- B. in der Erwägung, dass der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November begangen wird,
- C. in der Erwägung, dass die Resolutionen 1820, 1888 und 1889 des Sicherheitsrats die Resolution 1325 stärken und ergänzen und dass die vier Resolutionen als Gesamtkomplex an Verpflichtungen zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit betrachtet werden müssen,
- D. in der Erwägung, dass die Umsetzung dieser Verpflichtungen allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, ob sie nun von einem Konflikt betroffen, Geberländer oder Unbeteiligte sind, ein gemeinsames Anliegen ist und dass sie die gemeinsame Verantwortung dafür tragen, sowie unter besonderer Betonung der Tatsache, dass diesbezüglich im Dezember 2008 die Leitlinien der EU zu Gewalt an Frauen und Mädchen und die Leitlinien der EU zu Kindern und bewaffneten Konflikten und zur Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung von Frauen und Mädchen angenommen wurden, womit ein starkes politisches Signal dafür zum Ausdruck gebracht wurde, dass sie für die Union Priorität genießen,
- E. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament die Umsetzung des umfassenden Konzepts und des prospektiven Aktionsplans für Gleichstellung und Teilhabe der Frauen am außenpolitischen Handeln der EU sowie die Umsetzung der Leitlinien zu Gewalt an Frauen und Kindern überwachen sollte,
- F. in der Erwägung, dass die EU die Einbeziehung von Frauen in Konfliktverhütung, Krisenmanagement, Friedensgespräche und Wiederaufbauphasen nach Konflikten wie etwa im Rahmen der Planungen für den Wiederaufbau nach Kriegen ermöglichen sollte,
- G. unter Hervorhebung der Tatsache, dass Frauen und Opfer geschlechtsbezogener Gewalt und Diskriminierung in Konfliktgebieten in die Gespräche darüber eingebunden werden müssen, wie Frauen in Konfliktgebieten besseren Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung und Informationen erhalten können und inwieweit solche Maßnahmen zur Emanzipation der Frauen beitragen können, um zu ihrem langfristigen Schutz beizutragen,
- H. in der Erwägung, dass Vergewaltigung und sexuelle Versklavung, wenn sie Teil weitverbreiteter und systematischer Praktiken sind, nach der Genfer Konvention als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und als Kriegsverbrechen gelten, und dass Vergewaltigung mittlerweile auch als eine Ausprägung von Völkermord angesehen wird, wenn damit eine bestimmte Gruppe ganz oder teilweise zerstört werden soll, sowie in der Erwägung, dass die EU Bemühungen unterstützen sollte, die darauf abzielen, dass der Straflosigkeit von sexuellen Gewalttätern ein Ende gesetzt wird, die Frauen und Kindern Gewalt angetan haben,
- I. in der Erwägung, dass die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) zur weiteren Umsetzung der Resolutionen 1325 und 1820 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen sowohl hinsichtlich seiner internen Strukturen als auch seiner außenpolitischen Maßnahmen beitragen sollte,
- J. in der Erwägung, dass die EU eine Reihe wichtiger Dokumente über Methoden der Umsetzung der Resolutionen 1325 und 1820 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen angenommen hat,

- K. in der Erwägung, dass 2010 auch das Jahr des MDG+10-Gipfels war, auf dem der Stand der Umsetzung der Millenniumsziele überprüft wurde,
- L. in der Erwägung, dass nur eine Minderheit der Mitgliedstaaten der EU einen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen aufgestellt hat,
1. unterstreicht, dass der 10. Jahrestag der Resolution 1325 des Sicherheitsrats den Beginn einer neu belebten Agenda für die Umsetzung von Resolution 1325 markieren sollte, die ohne politische Führung auf höchster Ebene und zusätzliche Ressourcen nicht vorangebracht werden kann; empfiehlt nachdrücklich, diese Frage im Zuge der laufenden Überprüfung der Menschenrechtspolitik der EU in gebotener Form anzugehen, wenn eine umfassende länderspezifische Menschenrechtsstrategie erarbeitet und die Leitlinien der EU zu Gewalt an Frauen und Mädchen sowie die EU-Leitlinien zu Kindern und bewaffneten Konflikten und zur Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung von Frauen und Mädchen bewertet werden sollen;
 2. fordert die Bereitstellung spezifischer finanzieller, personeller und organisatorischer Ressourcen für die Teilhabe von Frauen und Gender Mainstreaming im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik; fordert, dass mehr Frauen in Polizei, Militär und Justiz sowie bei Missionen zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit und friedenssichernden Maßnahmen eingesetzt werden; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Mitwirkung von Frauen an ihren bilateralen und multilateralen Beziehungen zu Staaten und Organisationen außerhalb der EU aktiv zu fördern;
 3. betrachtet die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) als einzigartige Gelegenheit zur Stärkung der Rolle der EU mit Blick auf die Umsetzung der Resolutionen 1820 und 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen;
 4. legt der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin und den Mitgliedstaaten nahe, einen Bezug auf die Resolutionen 1820 und 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in jeden einzelnen Beschluss des Rates zur GSVP sowie in das Mandat der Mission und in einen Aktionsplan zur Umsetzung der Aspekte Frauen, Frieden und Sicherheit aufzunehmen; legt der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin, den Mitgliedstaaten der EU und den Missionsleitern nahe, die Zusammenarbeit und die Konsultationen mit lokalen Frauenorganisationen zu einem regelmäßigen Bestandteil jeder Mission zu machen;
 5. fordert die Einführung angemessener öffentlicher Beschwerdeverfahren, die insbesondere zur Meldung von Fällen sexueller und geschlechterspezifischer Gewalt beitragen würden; fordert die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin auf, im Rahmen der halbjährlichen Bewertung der GSVP-Missionen auch eingehend über Frauen, Frieden und Sicherheit Bericht zu erstatten;
 6. erinnert an die Massenvergewaltigung zwischen dem 30. Juli und dem 4. August im Bergbaugebiet im Ostkongo und verweist darauf, dass letztes Jahr über mindestens 8300 Vergewaltigungsfälle im Ostkongo berichtet wurde und dass anderen Berichten zufolge im ersten Quartal 2010 mindestens 1244 Frauen vergewaltigt wurden, also 14 Frauen pro Tag; fordert sowohl die EU-Missionen als auch die Missionen von EUROPOL und EUSEC in der Demokratischen Republik Kongo auf, der Bekämpfung sexueller Gewalt

und der Teilhabe von Frauen im Rahmen der Bemühungen zur Reformierung des kongolischen Sicherheitssektors oberste Priorität einzuräumen;

7. unterstreicht, dass Vergewaltigung und sexueller Missbrauch im Krieg tragischerweise als Waffen zur Erniedrigung und psychologischen Schwächung des Feindes eingesetzt werden, und dass die Opfer danach oft stigmatisiert sind, abgewiesen und als Folge davon misshandelt werden, und dass sie selten in der Lage sind, Schutz und psychologische und medizinische Behandlung zu erhalten, und dass Rechtsmittel erforderlich sind, um sich nach Beendigung der Konflikte wieder reibungslos in die Zivilgesellschaft zu integrieren, womit dieses Verbrechen zu einem besonders abscheulichen Verbrechen wird;
8. betont, wie wichtig es ist, dass die EU mehr weibliche Polizeibeamte und Soldaten für GSVP-Missionen ernannt, wobei das Kontingent an weiblichen Polizeibeamten in der UN-Friedenstruppe in Liberia als Modell dienen könnte;
9. weist darauf hin, dass ein Verhaltenskodex für EU-Mitarbeiter in militärischen und zivilen Missionen aufgestellt werden muss, der sexuelle Ausbeutung als nicht zu rechtfertigendes und kriminelles Verhalten verbietet;
10. fordert die Umsetzung der Resolutionen 1325 und 1820 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in den länderspezifischen Strategiepapieren der EU, und fordert die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin und die für Entwicklung, Erweiterung und humanitäre Hilfe zuständigen Mitglieder der Kommission auf, die Aspekte Frauen, Frieden und Sicherheit zu einem integralen Bestandteil der Programmplanung der externen Finanzinstrumente wie EIDHR, ICI, IPA, vor allem jedoch dem DCI und dem IfS zu machen;
11. betont, dass die Europäische Kommission den Zugang kleiner nichtstaatlicher Organisationen zu Zuschüssen des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) erleichtern sollte; erinnert daran, dass derzeit viele kleine Frauenorganisationen am bürokratischen Hindernis der Antragstellung scheitern;
12. fordert das für Entwicklung zuständige Mitglied der Kommission auf, die Tätigkeit von Frauenorganisationen in von Konflikten betroffenen Gebieten zu unterstützen; legt der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin nahe, die langfristige Komponente des Stabilitätsinstruments für die Zuweisung von Mitteln zur Förderung der Mitwirkung von Frauen an Prozessen im Zusammenhang mit Frieden, Sicherheit und Aussöhnung in Anspruch zu nehmen und bei allen kurzfristigen Maßnahmen, die im Rahmen von Artikel 3 des Stabilitätsinstruments finanziert werden, Mittel für Frauen, Frieden und Sicherheit zu veranschlagen;
13. vertritt die Auffassung, dass die EU-Delegationen die Organisationen der Zivilgesellschaft wie Frauenorganisationen vor Ort über ihr Engagement in Konfliktregionen informieren und im Rahmen der Politikplanung auch Organisationen der Zivilgesellschaft konsultieren sollten;
14. fordert die sofortige stärkere Beteiligung von Frauen an allen Initiativen zur Herbeiführung von Lösungen für Konflikte, unter anderem auch als Vermittlerinnen, Verhandlungsführerinnen und Beteiligte an der Umsetzung von Konfliktlösungsmaßnahmen;

15. fordert die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin auf, eine jährliche Woche zu initiieren, in der Frauen in Führungspositionen konsultiert werden und die eine Ergänzung zum „Global Open Day“ der Vereinten Nationen für Frauen und Frieden darstellen könnte, woran sich dann Berichte und Folgemaßnahmen von EU-Delegationen anschließen würden;
16. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten, der Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten und der vor kurzem ernannten Leiterin der UN-Einrichtung für Gleichstellungsfragen („UN Women“) zu übermitteln.